

SO IDARITÄT!

HIV/Aids geht uns alle an

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Liebe Leserin, lieber Leser,

eine HIV-Infektion kann auch heute noch lebensbedrohlich sein. Doch die Medikamente sind viel besser geworden. Sie können zu einem langen Leben beitragen, so dass Aids nicht ausbricht. Die Zeiten des frühen Todes nach der Infektion sind glücklicherweise vorbei. Dennoch infizieren sich pro Jahr etwas über 3 000 Menschen mit dem HI-Virus. Das ist eine im europäischen Vergleich relativ kleine Anzahl. Schlimmer ist es in den Staaten des Südens. Hier fehlt es vielerorts an der medizinischen Versorgung und den lebensrettenden Medikamenten. Dies müssen wir ändern. Solidarität ist international. Selbsthilfestrukturen und Aidshilfen haben sich bei uns entwickelt. Sie helfen konkret und schaffen Öffentlichkeit, die



weiterhin notwendig ist - nicht nur am Weltaidstag. Denn eine HIV-Infektion stigmatisiert. Etwa 80 000 Menschen leben in Deutschland mit dem Virus. Viele haben zwar einen Job. Doch HIV-Positive berichten von Diskriminierungen im Beruf, bei Arztbesuchen, im näheren Umfeld und von Angst vor ihnen. Auch eine HIV-Infektion wird nicht als »normal« empfunden. Sie trifft zumeist Menschen, die nicht als »normal« gelten – Schwule, Prostituierte,

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Gregor Gysi'.

Gregor Gysi,
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE

Drogengebrauchende. Aber HIV/Aids geht uns alle an. Solidarität. DIE LINKE streitet dafür, dass Selbsthilfeprojekte, HIV-Prävention und Aidshilfen in guten wie in schlechten Zeiten nicht unter die Räder geraten. Außerdem treten wir dafür ein, dass Deutschland international seine Anstrengungen verstärkt, damit wir Aids besiegen können.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Harald Petzold'.

Harald Petzold

Aids

Aids ist besiegbar



Petra Pau,
Vizepräsidentin des
Bundestages

Die Krankheit Aids bricht nur aus, wenn der HI-Virus den Körper eines Menschen stark geschwächt hat. Doch Aids muss nicht ausbrechen, wenn alle Menschen, die sich mit dem Virus infiziert haben, Medikamente einnehmen und eine ausreichende Gesundheitsversorgung erhalten. Heute sind die Medikamente sehr gut. Sie halten den Virus in Schach,

und ein langes Leben ist möglich. Das kann natürlich nur passieren, wenn man von der Infektion weiß. Deshalb sind regelmäßige HIV-Tests die Voraussetzung. Wir können Aids besiegen, wenn wir weltweit die Prävention und die Gesundheitsversorgung stärken, zu HIV-Test ermutigen und allen HIV-Positiven schnell die Medikamente zur Verfügung stellen. Voraussetzung wäre, dass arme Staaten die Medikamente günstig erhalten oder selbst herstellen dürfen. In wenigen Jahren könnte Aids kein Thema mehr sein. Dafür streitet DIE LINKE.

Alter

Solidarisch vorsorgen für den Lebensabend



**Matthias W.
Birkwald**

Alt werden mit HIV? Früher undenkbar. Überleben stand an erster Stelle. Heute, mit modernen Medikamenten und Therapien, steigt die Zahl der HIV-Infizierten älteren Menschen stetig an. Sie sehen sich mit neuen Problemen konfrontiert. Viele, die sich in den 1980er und 1990er Jahren mit HIV infizierten, haben keine Altersvorsorge, unter anderem weil sie jung aus dem

Berufsleben ausscheiden mussten. Die Folge: ein Leben mit kleiner Rente und Sozialhilfe. Altersarmut wird immer mehr zum Problem. Zudem müssen an Aids Erkrankte teilweise bereits ab einem Alter zwischen 40 und 50 gepflegt werden. Sie werden aber immer wieder von Pflege- oder Altersheimen abgelehnt. Private Pflegeeinrichtungen können sie sich nicht leisten. DIE LINKE hat Konzepte für eine solidarische Rentenversicherung und für die Solidarische Bürgerinnen- und Bürgerversicherung vorgelegt.

Arbeit

Ohne Angst zur Arbeit gehen



**Jutta
Krellmann**

Gerade für Menschen mit HIV/Aids ist das Arbeitsleben von besonderer Bedeutung. Denn dieses ist die Quelle gesellschaftlicher Teilhabe, sozialer Kontakte und Anerkennung und kann den Betroffenen damit Rückhalt bieten, um ein normales Leben weiterzuführen. HIV in der Arbeitswelt ist aber immer noch ein Tabuthema. Obwohl die meisten

Betroffenen durch die medizinischen Fortschritte den Anforderungen ihres Berufes gut gewachsen sind, müssen viele ihre Krankheit geheim halten. Sie müssen den Verlust des Arbeitsplatzes oder Diskriminierungen fürchten. Es ist deshalb eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, arbeitende Menschen mit HIV-Infektion oder Aids-Erkrankung als Selbstverständlichkeit zu begreifen. Hierfür sind mehr Aufklärung und Rechtssicherheit sowie die breit getragene Ächtung von Diffamierungen oder Benachteiligungen notwendig. Hier müssen die Bemühungen verstärkt werden, so dass HIV-Positive auch am Arbeitsplatz angstfrei mit ihrer Infektion umgehen können.

Ärmste Länder Krokodilstränen helfen nicht



**Dietmar
Bartsch**

2. Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Die ärmsten Länder trifft die HIV/Aids-Pandemie besonders hart. Hier lebt die überwiegende Anzahl der weltweit etwa 35 Millionen HIV-Positiven. Gegen diese Pandemie helfen nur Taten. Die Entwicklungsleistungen betragen jedoch im deutschen Bundeshaushalt weniger als 0,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Nichts spricht bislang dafür, dass bis

2015 jene 0,7 Prozent tatsächlich erreicht werden, welche die Merkel-Regierung in der letzten Wahlperiode versprochen hatte. Die Staaten des Nordens müssen umdenken. Statt Brosamen zu verteilen, muss das Problem an der Wurzel gepackt werden. Wenn die Industriestaaten zupacken und allen HIV-Positiven eine Gesundheitsversorgung und eine Therapie ermöglichen würden, könnten wir Aids besiegen. Es geht um einen Strom der Hilfe, nicht um höhere Mauern gegen Ströme von verzweiferten Flüchtlingen. Wer klagt, aber nichts tut, vergießt Krokodilstränen.

Asyl

Schikanen gegen Schutzsuchende beenden



**Ulla
Jelpke**

Eine HIV-Infektion allein führt in Deutschland nicht zu einem Bleiberecht. Selbst dann nicht, wenn im Herkunftsland der Betroffenen eine ausreichende Behandlung faktisch unmöglich ist. Die Menschen müssen sich schon in einem so weit fortgeschrittenen Aids-Stadium befinden, dass ihre Abschiebung unmittelbar ihren Tod zur Folge hätte.

Dabei sorgen die Lebensumstände von Asylbewerbern und Geduldeten in Deutschland selbst für ein rasches Fortschreiten der Infektion: Unterbringung in Lagern, schlechte Ernährung durch Fresspakete statt Bargeld, Zugang zu medizinischer Versorgung nur in Notfällen. DIE LINKE fordert: Die Lebensbedingungen für Asylsuchende und Geduldete müssen deutlich verbessert werden. Menschen mit HIV ohne Behandlungsmöglichkeit im Herkunftsland muss Bleiberecht erteilt werden.

Bildung

Was Hänchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr



**Rosemarie
Hein**

Gerade im Jugendalter, in dem sich unter anderem die sexuelle Identität entwickelt, muss Prävention und Aufklärung einsetzen. Besonders Schulen als Bestandteil des Alltags von Jugendlichen spielen für eine wirkungsvolle Prävention eine zentrale Rolle. Es geht nicht nur um die Vermittlung von Wissen über HIV oder wie man sich vor Infektionen schützen

kann, sondern auch um Entfaltung und Stärkung der Persönlichkeit, des Selbstwertgefühls sowie Verantwortungsbewusstseins im Umgang mit Sexualität. Vorurteile und Abneigung gegenüber HIV-Infizierten und damit vermeintlich in Verbindung stehenden Gruppen halten sich hartnäckig in der Gesellschaft. Auch dem muss Präventionsarbeit an Schulen endlich entgegenwirken und Toleranz im Umgang miteinander fördern.

Chronisch Kranke

Kündigung wegen HIV – Das darf nicht sein



**Caren
Lay**

Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende

2011 wurde einem 24-jährigem Chemielaboranten von seiner Firma gekündigt, weil er offen mit seiner HIV-Infektion umging. Die Kündigung wurde auch in zweiter Instanz bestätigt. Möglich ist das nur, weil das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) zwar Menschen mit Behinderung, aber nicht chronisch Erkrankte schützt. DIE LINKE will, dass

auch sie vor Diskriminierung geschützt werden. Ein entsprechender Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde im Bundestag in der letzten Wahlperiode leider abgelehnt. Doch wir streiten weiterhin dafür, auch im Parlament. Der Chemielaborant klagt mit Unterstützung der Deutschen Aidshilfe in der nächsten Instanz. Wir wünschen viel Erfolg!

Drogen

Abhängig, aufgeklärt - nicht angesteckt



**Frank
Tempel**

Der Welt-Aids-Tag erinnert uns an die möglichen Folgen von Drogenabhängigkeit. Sauberes Spritzbesteck ist wichtig, um die HIV-Rate unter Drogenabhängigen zu senken. Grundlage dafür ist eine aufgeklärte Drogenpolitik, welche die Konsumentin oder den Konsumenten weder kriminalisiert noch stigmatisiert. Das Menschenrecht auf einen bestmög-

lichen Gesundheitszustand gilt auch für Menschen in Gefängnissen: So müssen inhaftierte Drogenkonsumierende endlich einen flächendeckenden Zugang zu sauberen Spritzbesteck erhalten - Konsumierende außerhalb von Gefängnissen natürlich auch. Dank der vorbildlichen Arbeit von Fixpunkt e.V. sind in Berlin an verschiedenen Orten Spritzautomaten aufgestellt worden - leider ist das nicht überall in Deutschland der Fall. Hier muss die Politik durch den gezielten Einsatz von Fördergeldern Abhilfe schaffen.

Entwicklungshilfe

Deutschen Hilfsbeitrag verdoppeln



**Niema
Movassat**

Der Globale Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria (GFATM) ist in 140 Ländern aktiv und das zentrale internationale Instrument zur Bekämpfung von HIV/Aids. Bis heute hat er über drei Millionen Menschen eine Therapie ermöglicht. Trotz steigendem Bedarf und der historischen Chance, eine ganze Generation frei von HIV zu bekommen, stagniert

der deutsche Beitrag zum Globalen Fonds seit Jahren bei 200 Millionen Euro jährlich. DIE LINKE fordert wie Nichtregierungsorganisationen auch seit langem eine Verdopplung der deutschen Beiträge. Denn Fortschritte bei der Umsetzung des Menschenrechts auf Gesundheit sind ohne den Fonds kaum zu erreichen. Wer den internationalen Kampf gegen die Immunschwächekrankheit entschlossen weiter führen möchte, kann diese Forderung nicht länger ignorieren.

Familie

Lebensplanung mit Therapie



Diana Golze,
Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende

Die Tatsache, dass HIV-positive Menschen im Rahmen einer HIV-Therapie nicht infektiös sind, hat neue Möglichkeiten für Familien eröffnet. Schon bevor die neuen wirksamen Medikamente eingeführt wurden, konnte die Weitergabe des HI-Virus von der Mutter auf ein Kind unter anderem durch einen Kaiserschnitt verhindert werden. Dennoch: Ein Kinderwunsch für

HIV-positive Frauen war in den 1990er Jahren noch fast undenkbar. Gute Aufklärung, standardmäßig durchgeführte HIV-Tests und gute Behandlung bei werdenden Müttern haben in Deutschland dazu geführt, dass nur sehr selten HIV-positive Kinder geboren werden. In den Ländern ohne Zugang zu den Therapien ist dies leider anders. In Deutschland und anderen Ländern, die Zugang zu HIV-Therapien bieten, können mittlerweile heterosexuelle Paare, bei denen die Partnerin oder der Partner HIV-positiv ist, auf natürliche Weise ein Kind bekommen. Familie und HIV, auch hier gibt es eine Normalisierung. Gut so.

Finanzkrise

Rettungsschirm für Leben statt für Banken



**Sahra
Wagenknecht,**
1. Stellvertretende
Fraktionsvorsitzende

Die Finanzkrise bedroht den Kampf gegen HIV/Aids. Die Immunschwäche ist für viele Menschen nach wie vor mit Ausgrenzung und Tod verbunden. Denn die Industrienationen kürzen wegen Bankenrettungen ihre Zusagen für den Globalen Fonds der Vereinten Nationen zur HIV-Therapie. Und Pharmakonzerne bekämpfen weiterhin Regierungen, die

mit billigen, aber wirksamen Präparaten Kranke versorgen und Neuinfektionen verhindern wollen. In vielen Entwicklungsländern verlieren Kinder ihre Eltern an Aids. Dabei ist es mittlerweile möglich, mit guter medizinischer Betreuung ein normales Leben zu führen. Es geht darum, positiv zusammenzuleben.

DIE LINKE wird sich nicht damit abfinden, dass Banken gerettet werden, jedoch viele tausend Menschen einen viel zu frühen Tod sterben.

Forschung

Patent auf Menschlichkeit und Leben



Petra Sitte,
1. Parlamentarische
Geschäftsführerin

Gesundheit ist ein Menschenrecht. Etwa 34 Millionen Menschen weltweit leben mit dem HI-Virus und sind auf Medikamente angewiesen. Die Zahl der Betroffenen in Entwicklungsländern ist groß. Um dem Bedarf an wirksamer Therapie gerecht zu werden, wollen wir die nichtkommerzielle klinische Forschung mit 500 Millionen Euro jährlich fördern sowie die öffentlich finanzierten Forschungsins-

titute verpflichten, ihre Patente auf HIV-/Aids-Wirkstoffe kostenlos in den von UNITAID initiierten Medikamentenpool zu geben. Dabei muss sichergestellt werden, dass Entwicklungsländer als Nutznießer des Patentpools aufgenommen werden. Wir brauchen eine Pharmaforschung, die auf die Bedürfnisse in Entwicklungsländern abgestimmt ist und eine sozial verantwortliche Lizenzierungspolitik für wissenschaftliche Erkenntnisse. Da der öffentlich finanzierte Teil der Pharmaforschung groß ist, muss dieses Wissen allen zur Verfügung stehen. Besonders armutsassoziierte Krankheiten wie HIV/Aids bedürfen einer Therapie, die auf Menschlichkeit basiert - wider der Markt- und Patentlogik.

Frauen und HIV

Schaut hin und auch nach Afrika!



**Cornelia
Möhring**

Frauenpolitische
Sprecherin der Fraktion

4 Millionen Menschen sind weltweit mit HIV infiziert. So unvorstellbar die Zahl, so unterschiedlich ist vor Ort das Leben mit Aids, die Aufklärung und die Behandlung. Zu den weltweiten Tabus der Anerkennung eines achtungsvollen Lebens für Menschen mit HIV und Aids kommen jenseits der Sahara gravierende Probleme hinzu. Vorwiegend erkranken

dort Frauen und Kinder. Ihnen fehlen die antiviralen Medikamente. Kinder stecken sich in den Schwangerschaften oder in der Stillzeit an. 59 Prozent der weltweit HIV-positiven Frauen leben in afrikanischen Ländern. Die heute möglichen Überlebenschancen stehen auch den Menschen in Afrika zu. Ihr Zugang zu Medikamenten, die Gesundheitsvorsorge und Aufklärung sind drängende Probleme, die ohne politische Entscheidungen nicht vorankommen. Die Möglichkeit der Produktion und Verbreitung preiswerter Generika gehen vor Pharmaprofite. Dafür setzen wir uns ein.

Homophobie

»Lupenreine Demokraten« verhindern HIV-Prävention



**Stefan
Liebich**

Seit 1. Juli 2013 gilt in Russland das so genannte Gesetz gegen Homopropaganda. Es verbietet die positive Darstellung von Homosexualität, wenn Kinder dabei sind, also auch in der Öffentlichkeit. Seitdem hat die Gewalt gegen Lesben und Schwule dramatisch zugenommen. Selbstmorde nehmen zu. Statistiken zeigen, dass bei HIV-Neuinfektionen der Anteil von

Männern steigt, die Sex mit Männern haben - wie das verschämt heißt. Doch wie können HIV-Übertragungen verhindert werden, wenn Schwule an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden und das Reden über schwulen Sex unter Strafe steht? Homophobie tötet. Deshalb muss sie entschieden bekämpft werden. DIE LINKE setzt sich weiter dafür ein, dass der internationale Druck auf Russland erhöht wird. Verfolgte Lesben und Schwule müssen in Deutschland Asyl bekommen. Die Queerbewegung, nicht nur in Russland, sondern auch in Uganda und anderen Staaten mit staatlicher Homophobie braucht in ihrem Kampf gegen Diskriminierung und Ausgrenzung unsere Unterstützung.

Illegale HIV-Medikamente für alle



**Katja
Kipping**

HIV-Medikamente sind heutzutage so gut, dass sie ein langes Leben ermöglichen, wenn die Betroffenen diese rechtzeitig und regelmäßig einnehmen. Wie verschiedene Studien zeigen, verkürzen Therapieunterbrechungen die Lebenserwartung allerdings erheblich. Darüber hinaus bedarf eine erfolgreiche Behandlung regelmäßiger Laboruntersuchungen.

Menschen ohne Papiere haben weder zu Laboruntersuchungen noch zu den Medikamenten Zugang. Bei Flüchtlingen wird mangels einer klaren rechtlichen Regelung im Einzelfall entschieden, ob die Kosten für Medikamente übernommen werden. Seit vielen Jahren setzen sich Ärzte und UnterstützerInnen für die medizinische Behandlung von Flüchtlingen und Illegalisierten ein. Menschen mit einer HIV-Infektion brauchen die notwendigen Behandlungen - unabhängig vom Aufenthaltsstatus. DIE LINKE streitet für eine humane Migrationspolitik und dafür, dass auch Menschen ohne Aufenthaltserlaubnis lebenswichtige Therapien erhalten. Kein Mensch ist illegal.

Kunst/Kultur

Wegschauen bedeutet sozialer Tod



**Harald
Petzold**

Viele Künstlerinnen und Künstler unterstützen seit Jahren aktiv den Kampf gegen die Immunschwäche, egal ob sie selbst das Virus in sich tragen oder nicht. Ihre Töne, Klänge, Rhythmen, Farben, Formen, Figuren, Worte, Verse, Texte, Bilder... geben wieder, legen Zeugnis ab, rütteln auf, provozieren, lassen teilhaben, träumen, weinen, lachen – kurzum:

richten die Aufmerksamkeit auf ein Leben, über das Gesellschaft allzu gern schweigt, das viele in seiner meist unerbittlichen Konsequenz nicht wahrhaben wollen, verdrängen. Aber wegschauen bedeutet sozialer Tod. Deshalb bedarf es der gelebten Solidarität von Kunst und Kultur mit HIV-Positiven, ihren Angehörigen sowie den Freundinnen und Freunden – hier und weltweit.

Ländlicher Raum

Versorgung und Vernetzung in der Fläche



**Kirsten
Tackmann**

Für HIV-positive Menschen, die in ländlichen Regionen leben, sind die Zugänge zu Beratungs- und Aufklärungsmöglichkeiten schwieriger als in den großen Städten. Die Wege zu Beratungsstellen und fachärztlicher Betreuung sind weit, die Verkehrsanbindung wenig alltagstauglich, die Organisation von Präventionsangeboten aufwändiger als in Städten. Mehr

Unterstützung von Bund und Krankenkassen ist nötig. Und ehrenamtliches Engagement. Zum Beispiel durch die jährlichen »Havelländischen Präventionstage« des Vereins „Weg der Vernunft“. Oder den »Tag für gesundheitliche Aufklärung und gegen Homophobie«. DIE LINKE im Bundestag hat diese Projekte immer unterstützt. Denn die kleinen Städte und Dörfer dürfen auch bei diesem Thema nicht abgehängt werden.

Prävention

Behandlung ist möglich, Vorsorge ist besser



**Kathrin
Vogler**

Eine HIV-Infektion ist heute dank moderner Therapien kein Todesurteil mehr. Und: Eine erfolgreich durchgehaltene Therapie kann unter bestimmten Bedingungen sogar die Benutzung von Kondomen verzichtbar machen. Dennoch gilt nach wie vor: In den allermeisten Fällen ist das Kondom der sicherste Infektionsschutz – nicht nur vor HIV, sondern auch

vor anderen sexuell übertragbaren Krankheiten. Dass das Wissen über »safere« Praktiken beim Sex oder beim Drogengebrauch heute weit verbreitet ist, das ist dem unermüdlichen Einsatz vieler Aktivistinnen und Aktivisten zu verdanken. Und einem Präventionskonzept, das nicht moralinsauer mit erhobenem Zeigefinger auftritt, sondern mit Offenheit, Humor und einer Sprache, die verstanden wird. Trotzdem infizieren sich jedes Jahr etwa 3000 Menschen neu mit HIV – deswegen darf die Politik die Förderung der Präventionsarbeit nicht vernachlässigen. Wir setzen uns dafür ein, dass es in diesem Bereich keinesfalls zu Kürzungen kommt.

Sport

Mach mit, mach's nach, mach's besser



**Katrin
Kunert**

Sport treiben stärkt das Immunsystem und wirkt sich positiv auf Körper und Psyche aus. Dies gilt auch für Menschen mit dem HI-Virus oder einer Aids-Erkrankung. Dank des medizinischen Fortschritts können HIV-Infizierte weitgehend ein normales Leben führen. Sport ist Normalität. Viele HIV-positive Menschen treiben regelmäßig Sport auf hohem Niveau.

Nicht wenige laufen sogar Marathon. Diese Normalität ist in den Vereinen leider noch nicht angekommen. Niemand soll verpflichtet sein, Auskunft über die eigene Krankengeschichte zu geben. Der organisierte Sport muss jedoch Aufklärungsarbeit leisten und ein Klima der Toleranz schaffen, damit HIV-positive Sportlerinnen und Sportler sich willkommen fühlen. Hier ist auch der Deutsche Olympische Sportbund gefragt, der sich mit dem Thema befassen muss.

Zwangstest

HIV-Zwangstests sind Angriff auf die Grundrechte



Jan Korte

Stellvertretender
Fraktionsvorsitzender

Nachdem die CDU-SPD-Landesregierung Sachsen-Anhalts 2012 den Entwurf ihres »Gesetz über die Sicherheit und Ordnung« vorgelegt hatte, war klar, dass auch über 30 Jahre nach der ersten Erwähnung des HI-Virus und jahrzehntelanger Aufklärungsarbeit der staatliche Umgang mit der Krankheit alles andere als aufgeklärt ist. Der Gesetzentwurf sah vor, der Polizei

zu ermöglichen, Personen auch »ohne deren Einwilligung auf HIV und Hepatitis zu testen«, wenn sie beispielsweise Einsatzkräfte verletzt hätten. Zwar wurde die explizite Nennung von HIV gestrichen und durch »besonders gefährliche Krankheitserreger«, also im Grunde eine Ausweitung, ersetzt und ein Richtervorbehalt eingeführt, aber seit dem 1. März 2013 ist das sinnlose, von Unkenntnis und Resentiment geprägte Gesetz nun wirksam. Ähnliche Regelungen gibt es in Hessen, Niedersachsen und seit kurzem auch im grün-rot regierten Baden-Württemberg. In Sachsen-Anhalt wird DIE LINKE dagegen Verfassungsklage wegen eklatanter Grundrechtsverletzungen einlegen.

DIE LINKE.

I M B U N D E S T A G

Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Telefon: 030/22751170, Fax: 030/22756128

E-Mail: fraktion@linksfraktion.de

V.i.S.d.P.: Sahra Wagenknecht, Dietmar Bartsch

Titel: DIG/Trialon

Redaktion: Bodo Niendel, Martin Icke

Layout und Druck: Fraktionservice

Redaktionsschluss: 14. November 2013

**Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken
verwendet werden!**

**Mehr Informationen zu unseren parlamentarischen
Initiativen finden Sie unter: www.linksfraktion.de**

www.linksfraktion.de